



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/147 - 2. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 84831-33  
Fernschreiber 0886890

Einweise  
auf den Inhalt:

Interview mit Wilhelm Mellies	S. 1
Nehru auf Reisen	S. 3
Pascual Jordans Alternative zum Göttinger Manifest	S. 5
Vom Kongress der Internationale (I)	S. 7
Zur Konferenz der katholischen Sozialdemokraten	S. 8

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Wilhelm Mellies, hatte die Freundlichkeit, einige Fragen des SPD-Pressedienstes zu beantworten, die sich mit dem Hetztempo der gegenwärtigen Bundestagsarbeit befassten.

Hetztempo im Bundestag - CDU-Angst vor dem Wähler

Frage 1:

Das Ende der Legislaturperiode des 2. Bundestages vollzieht sich in einem Hetztempo. Die Abgeordneten sind zu bedauern, über sie ergießt sich in diesen Tagen eine wahre Flut von Anträgen und Gesetzesentwürfen. Ist dieses überstürzte Tempo notwendig? Außerst wichtige Gesetze werden verabschiedet; muss nicht bei solcher Eile die Qualität der verabschiedeten Gesetze leiden? Dies alles ist ein ziemlich unerfreuliches Schauspiel.

Antwort:

Sie wissen, dass im Jahre 1953 am Schluss des 1. Bundestages die Situation ähnlich war, obwohl nicht in dem Maße wie augenblicklich noch wichtige Gesetze durchgepeitscht wurden. Angesichts der damaligen unerfreulichen Situation habe ich in einer interfraktionellen Besprechung zu Beginn des 2. Bundestages den Vorschlag gemacht, man solle sich darüber verständigen, dass im letzten Halbjahr der Legislaturperiode des 2. Bundestages wichtige Gesetze nicht mehr zur Verabschiedung kämen. Dieser Vorschlag wurde von allen Seiten begrüßt. Leider kommt er nicht zur Durchführung, weil Bundesregierung und Regierungskoalition es in den ersten Jahren des Bundestages versäumten, zeitig genug die Vorarbeiten für die Vorlage entscheidender und wichtiger Gesetze zu leisten.

Frage 2:

Unter den verabschiedeten und noch zu verabschiedenden Gesetzen sind viele sozialpolitischer Natur, wie das Kindergeldgesetz, -2-

das Jugendschutzgesetz, das Seemannsgesetz, die Erhöhung der Unfallrenten und viele andere mehr. Wie konnte es dazu kommen, dass solche das Leben und die Wohlfahrt vieler Bundesbürger direkt berührenden wichtigen Vorlagen erst vor Toresschluss behandelt werden?

Antwort:

Wenn die Bundesregierung die früheren Versicherungen in allen Regierungserklärungen, dass eine grosse Sozialreform durchgeführt werden sollte, wahrgemacht hätte, würden die jetzt bestehenden Schwierigkeiten in der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht aufgetaucht sein. Aber Sie wissen ja, dass bis zum Sommer 1956 in diesen Fragen praktisch nichts geschehen war, wahrscheinlich auch weiter nichts geschehen wäre, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion durch den schärfsten Druck und durch die Vorlage eines eigenen Entwurfes über die Neuordnung der Renten Regierung und Koalition gezwungen hätte, endlich zu handeln. Sie wissen aber auch, dass es dabei zu der Sozialreform nicht gekommen ist, dass man deshalb nur stückweise die wichtigsten Fragen erledigen konnte und auch damit zögerte man jetzt solange, dass in den letzten 14 Tagen in einer nicht zu verantwortenden Weise eine Anzahl von wichtigen Gesetzen erledigt werden muss.

Frage 3:

Ist mit der Verabschiedung dieser Gesetze das von der Regierung 1955 gegebene Versprechen, eine umfassende Sozialreform durchführen zu wollen, quantitativ und qualitativ annähernd erfüllt? Berechtigen diese Gesetze zu der von der Regierung und der sie tragenden Parteien aufgestellten Behauptung, sie habe eine sozialpolitische Konzeption?

Antwort:

Die jetzt verabschiedeten Gesetze entsprechen in keiner Weise der umfassenden Sozialreform, wie sie der Bundeskanzler während seines Urlaubs in der Schweiz im Sommer 1955 in einem Fernsehinterview als die innerpolitische Frage Nr. 1 bezeichnete. So ist die Frage des dringend notwendigen umfassenden Gesundheitsdienstes überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Es ist Ihnen ja auch bekannt, welche bittere Kritik u.a. der Jesuitenpater Professor von Well-Breuning an dieser sozialpolitischen Gesetzgebung geübt hat. Der jetzt erneut eingeschlagene Weg beweist zu deutlich, dass es den Regierungsparteien an einer wirklichen sozialpolitischen Konzeption völlig mangelt. Dabei sollte die Bevölkerung nicht übersehen, dass der Bundestagspräsident Dr. Gerstermaier auf dem Hamburger - 2a -

Parteitag in seiner Rede ausgeführt hat, dass mit den bisherigen Leistungen die äusserste Grenze für die CDU erreicht sei.

Frage 4:

Lässt das Verhalten der CDU/CSU im Bundestag die Schlussfolgerung zu, dass sie ihr Herz für die Sozialpolitik und für die Nöte des kleinen Mannes nur dann entdeckt, wenn Wahlen vor der Tür stehen?

Antwort:

Der sogenannte linke Flügel in der CDU ist in den verflossenen Jahren immer mehr zurückgedrängt worden. Die Zerreissung des Ahlener Programms auf dem Hamburger Parteitag beweist ja am besten, wie stark der Weg nach rechts ist, den die CDU in den letzten Jahren eingeschlagen hat. Ich bin überzeugt, dass die jetzt beschlossenen sozialpolitischen Massnahmen in diesem Bundestag ohne den ständigen Druck der SPD-Bundestagsfraktion nicht mehr gekommen wären. Dazu kommt der Ausgang der Kommunalwahlen im Oktober und November vorigen Jahres; er hat der CDU gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler den bisherigen Weg in der Sozialpolitik nicht hinnehmen wollen. Erst nach den Kommunalwahlen hatte man es plötzlich mit der Verabschiedung der Gesetze sehr eilig. Diese Eile bedingt natürlich sehr viele Mängel. Das zeigt sich ja am deutlichsten an der Tatsache, dass der Bundestag jetzt bereits die 1. Novelle zu dem Gesetz zur Neuordnung der Altersrenten verabschieden muss. Der Einfluss der Interessenkaufver, über den sich die CDU-Mitglieder Minister W ü r m e - l i n g und Dr. W e l l h a u s e n in den letzten Wochen bitter beklagt haben, macht sich auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung der Regierung zum Nachteil der sozial Schwachen sehr stark bemerkbar.

\* \* \*

Das Zitat vom Tage:

Keine Wahlhilfe...

"Es ist von den Ordinariaten kein Plan ausgearbeitet worden, wie der CDU/CSU Wahlhilfe geleistet werden soll. Die zuständigen Stellen betonen, dass Behauptungen der Bayernpartei, die katholischen Ordinariate hätten einen solchen Plan ausgearbeitet, nicht zutreffen."

"Altöttinger Liebrauenbote" vom 23.6.1957.

Eine Wahlhilfe...

"In einer Zeit, in der unser Volk dazu neigt, zu vergessen, aus welchem Abgrund es unter der Führung christlicher Politiker hervorgestiegen ist, mahnt der Seniorrat der Kolpingsöhne zur Besinnung. Für die kommenden Monate wird als 'Kolpingsdienst im Volk und Staat' gefordert der Einsatz einer Macht des Gebotes und die Entfaltung besonderer politischer Aktivität. Weiter wird die Wahlhilfe für die christlichen Parteien gefordert und besonders betont, dass jeder Kolpingsohn seine Wahlpflicht erfüllen müsse." "Passauer Bistumsblatt" vom 16.6.1967

\* \* \*

Indien und das britische Commonwealth

I.D. Wieder einmal ist Indiens Ministerpräsident auf grosser Reise, wieder einmal ehrt man ihn, wo immer er eintrifft. Syrien machte ihn zum Ehrenbürger - eine Ehre, die bisher nur zwei ausländischen Staatsmännern zuteil wurde -, die Kopenhagener Bürger boten ihm ungewöhnliche Ovationen in Finnland feierte man den Freund, war er doch einer der ersten Politiker, der Russlands Aggression gegen Finnland im Jahre 1940 verurteilte. Auch in Schweden und Norwegen hat es an Freundschaftsbezeugungen für den Mann Nehru und an Hochachtung für den Staatsmann nicht gefehlt.

Die Aufnahme in England, das Nehru anlässlich der diesjährigen Commonwealth-Konferenz besuchte, musste allerdings weniger herzlich ausfallen. Die Konservativen Englands - und sie bilden schliesslich die augenblickliche Regierung Englands - haben nicht vergessen, dass Nehru ihre Suez-Aktion mit harten Worten verurteilt hat. Krischna Menon als Begleitung für Mr. Nehru ist auch nicht sehr geeignet, die britischen Regierungsvertreter für die indischen Gäste zu erwärmen; sie sehen durchaus keine Veranlassung, Krischna Menon zu achten, der sich nicht selten einer sehr scharfen Sprache gegen den Westen bedient.

Es gibt weite Kreise in Indien, die schon lange Indiens Verbleiben in der Commonwealth missbilligen. Die Commonwealth-Konferenzen können keinerlei bindende Beschlüsse fassen, ihre Tagungen gleichen politisch-philosophischen Gesprächen. Ein weiterer Grund zur Ablehnung der Commonwealth ist, dass Indien auf diesen Tagungen gezwungen ist, mit Vertretern Südafrikas zusammenzukommen, ohne die Möglichkeit zu haben, Südafrika für seine Rassenpolitik, von der indische Staatsangehörige stark betroffen sind, anzugreifen oder durch die Commonwealth verurteilen zu lassen. Wenn Nehru dennoch das Verbleiben Indiens in der Commonwealth befürwortet so entspricht das seiner Ansicht, bestehende Völkerverbindungen zu erhalten. Sie könnten die Grundlage für 'Friedensregionen' werden.

Es mag allerdings sein, dass Nehru noch einen anderen Zweck verfolgt, wenn er sich mit seinen Kollegen von den Commonwealth-Ländern an einen Tisch setzt. Indien braucht zur Erfüllung seines zweiten Fünfjahresplans, der erst voriges Jahr anlief, 700 croes Rupies ( 1 croes = 10 Millionen) in ausländischer Währung. Der vierte Teil dieser Summe, die es vom Internationalen Monetary Fund erhalten hatte, ist bereits aufgebraucht. Indiens Sterling Reserven sind stark zurückgegangen. Mr. Nehru benötigt Anleihen im Werte von wenigstens 300 croes Rupien, wenn er ver-

meiden will, dass die Lebenshaltungskosten in Indien weiter steigen und wenn er den Fünf-Jahresplan erfüllen will. Dieser zweite Fünf-Jahresplan ist ein Test für Mr. Nehru und seine demokratische Regierungsform. Am Ende dieses 2. Fünf-Jahresplanes - also 1961, 10 Jahre nach Amtsübernahme durch Nehru - soll das Durchschnittseinkommen pro Kopf der indischen Bevölkerung jährlich auf ca 300.- (also um fast 50 %) gestiegen, 10 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen sein.

Die Länder Skandinaviens, die Nehru einen so triumphalen Empfang bereiteten, werden ihm nicht mehr als ihre Sympathie entbieten können. Die Commonwealth-Staaten werden natürlich allein ebenfalls kaum in der Lage sein, Indien wirksame Hilfe zu leisten, zumal sie bereits im Rahmen des Colombo-Planes für die technisch unterentwickelten Länder Hilfsmassnahmen durchführen, die ihre Kräfte stark anspannen. Bitte nur, dass sie bereit wären, den grossen Bruder Amerika zugunsten Indiens zu beeinflussen. Sie von diesem Schritt zu überzeugen, dürfte eines der Anliegen Nehrus während der Commonwealth-Conferenz sein. England und die Commonwealth-Staaten wissen nach ihrer langjährigen Kolonialerfahrung und der Kenntnis der wirtschaftlichen Lage dieser Länder sehr wohl um die Bedeutung der Hilfe für diese Länder. Sie erkennen vor allen Dingen, dass Indien im Wettstreit mit seinem chinesischen Nachbarn lebt, der mit Hilfe der Russen einen wirtschaftlichen Aufschwung ohne Gleichen zu verzeichnen hat.

Die Amerikaner hingegen haben dieses Verständnis für Asien bisher vermissen lassen. Sie haben zwar längst erkannt, dass es verfehlt ist, politische Bindungen aufgrund von Hilfsmassnahmen zu erwarten. Trotzdem sind sie natürlich nicht bereit, ein Land zu unterstützen, das ihre Politik in Bausch und Bogen ablehnt und den Anschein erweckt, dem "anderen" Lager weit näherzustehen. Mr. Menon hat oft genug in den Gremien der Vereinten Nationen diesen Eindruck entstehen lassen. Die Tatsache, dass die amerikanisch beeinflusste Weltbank bisher nur den sechsten Teil der von Indien benötigten Summe zur Verfügung zu stellen bereit war, zeigt, dass Amerikas Großzügigkeit Grenzen hat. Darum scheint es, als könnten die Commonwealth-Staaten mit ihren viel engeren Bindungen an die Neue Welt vermittelnd und erklärend wirken.

Die Anwesenheit Mr. Nehrus in London ist also von fast lebenswichtiger Bedeutung für Indien. Die Sorge um die Zukunft seines Landes wird ihn trotz Prunk und Festlichkeiten auf seinen Wegen nicht verlassen haben.

In einer "Am Schalthebel der Sintflut" betitelten und viel beachteten Artikelserie der Baseler National-Zeitung erwähnt der Verfasser, Arnold Künzli, auch die Rolle des Hamburger Gelehrten Pascual Jordan als Renommierphysiker der Bundesregierung. Jordan hat sich seinerzeit von dem Göttinger Appell distanziert. Seine in einem Interview enthaltenen Angriffe auf die Unterzeichner dieses Appells liess die Regierung vervielfältigen und an die Presse verteilen. Künzli schreibt u.a.:

#### Flucht in unterirdische Städte

In diesem Interview spricht Pascual Jordan seinen "Göttinger" Kollegen zunächst einmal die Zuständigkeit für politische Urteile schlechterdings ab und nennt das Göttinger Manifest "ein bedenkliches Heraustreten aus der Formen demokratischer Ordnung und normaler demokratischer Willensbildung." Ob Pascual Jordan sich seinerzeit ebenso gegen diejenigen deutschen Professoren gewandt hat, die öffentlich den National-Sozialismus unterstützen, entzieht sich unserer Kenntnis. Konsequenz scheint jedenfalls nicht seine Stärke zu sein, denn in seinem Interview gibt er selbst dauernd jene politischen Urteile ab, für die er diejenigen, die nicht seiner Ansicht sind, als unzuständig erklärt.

Doch das ist nebensächlich. Wesentlicher ist schon, dass Pascual Jordan seine zeitkritischen Ansichten und Urteile sogar in Buchform veröffentlicht - "Der gescheiterte Aufstand. Betrachtungen zur Gegenwart" - und sich dabei den Verlag als geistige Heimstätte erwähnt, der auch die neuen Werke Ernst Jüngers betreut. Man merkt bald einmal, warum, geht Jordan doch weltanschaulich gegen jene französische Revolution los, vor deren Barrikaden auch ein Ernst Jünger geistig stehengeblieben ist. Welch sonderbare Idee einer demokratischen Regierung, sich hinter einen Mann zu stellen, der es als eine "sonderbare Idee" bezeichnet, "die Gleichheit und Gleichstellung aller Menschen und Staatsbürger vorauszusetzen oder zu verlangen"! Noch weit sonderbarer wird die Geschichte dort, wo Pascual Jordan seine "konservative Weisheit" zum besten gibt, dass es auf "konkrete Werte" und nicht auf "abstrakte Prinzipien" wie etwa "Freiheit des Individuums, Reinheit der Rasse" ankomme. Was bedeutet, dass dem Manne, den die Bonner Regierung gegen die offiziös als Kommunisten diffamierten "Göttinger" ausspielt, die Freiheit des Individuums genau gleich viel, bzw. gleich wenig bedeutet wie die Reinheit der Rasse. Sie ist ihm kein konkreter Wert.

Verteidigungsminister Strauss hat die "Göttinger" indirekt als

"phantasievolle Astrologen" bezeichnet. Der Bonner Renommier-Atomphysiker Pascual Jordan enthält sich natürlich jeglicher unwissenschaftlicher Spekulationen, ist doch ein Physiker überhaupt nicht zuständig, irgendwelche hochpolitischen Urteile abzugeben. Man höre: "Dass es einmal zur Weltregierung kommt (und zwar in naher Zukunft), das ist sicher. Aber nicht nur die Zwischenzeit bis dahin... ist von Katastrophengefahr erfüllt; sondern auch im Jahre 2500 wird es zwar keine Kriege im Sinne alter Definition mehr geben, wohl aber Putsch, Aufstände, Revolutionen, Bürgerkriege; und diese werden im 26. Jahrhundert mit Atomwaffen ausgekämpft werden. Auch wird es - ganz abseits aller echten Politik - auch im 26. Jahrhundert grosse, mächtige Gangsterbanden geben; und diese werden nicht nur mit Bakterienbomben, sondern auch mit Atombomben ausgerüstet sein..."

Und was ist Pascual Jordans Alternative zum Göttinger Manifest? Man staune: "Wer will uns erzählen, dass auch der Mensch der Zukunft nur auf der Erdoberfläche leben wird? Wenn der Atomkrieg noch für fünf Jahrzehnte vermieden werden kann - was durchaus nicht unmöglich ist -, so wird die Menschheit längst darauf eingerichtet sein, ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeit einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draussen (nach einem Atomkrieg) abgeklungen ist. Im Jahre 3000 werden Millionen von Menschen auf dem Mars leben. - Diese Marsbewohner werden ihr ganzes Leben lang vorwiegend in geschlossenen Räumen leben und nur in Schutzanzügen ins Freie gehen können. So werden auch die Erdmensch (schon in näherer Zukunft) einige Jahre des Ausgehverbots gut überstehen, sofern bis dahin die unterirdischen Städte fertig sind, welche die einzig mögliche Stadtform der Zukunft sind."

Hat die Bonner Regierung das Vermögen der Bundesrepublik in einem Tiefbauunternehmen investiert? Wir wollen das nicht annehmen, sondern eher voraussetzen, man habe dieses heitere Buch von Pascual Jordan noch nicht gekannt, als man ihn in der Not vor den eigenen Atomwagen spannte. Immerhin ist es für die Beurteilung der Auseinandersetzung zwischen Bonn und den "Göttingern" - und darüber hinaus - doch höchst bezeichnend, dass der einzig namhafte Atomphysiker, der sich auf die Seite Bonns geschlagen hat, der Jünger einer antidemokratischen Staatskonzeption und atomare Jules Verne Prof. Pascual Jordan ist. Von diesem erwarten wir übrigens noch ein Buch über die Frage, wie er zum Beispiel die 9-Millionenstadt London "ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeit" für deren Bewohner in den Boden zu vergraben gedenkt. Uns Schweizer interessiert dabei auch noch die Frage, was mit unserem lieben Vieh geschehen soll. Hat der Herr Professor auch an das Einlöcher der Alpenweiden gedacht?

2. Juli 1957

Überwindung der Blockpolitik - beste Friedenssicherung

G. M., Wien

Der Kongress der Sozialistischen Internationale in Wien, der am Dienstag begann, hat eine grosse Anzahl politischer Beobachter aus aller Welt in die Bundeshauptstadt Österreichs gelockt. Kein Wunder, denn die auf dem Kongress erarbeiteten Auffassungen der sozialistischen Parteien zur internationalen Politik werden in den nächsten Monaten und Jahren starke Impulse im Zusammenleben der Völker auslösen. In zahlreichen Ländern Europas sind Sozialisten an den Regierungen beteiligt, in anderen Ländern - wie in England und in der Bundesrepublik - gewinnen ihre Ideen immer stärkeren Anklang, bereiten sie sich auf die Staatsführung vor.

Selbstverständlich wird das Schwergewicht der Arbeiten des Kongresses bei den Beratungen über das Abrüstungsproblem und über die Beendigung der unseligen Spaltung Europas in zwei feindlich gegenüberstehenden Militärblocke liegen.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass sich bei den meisten sozialistischen Parteien die Erkenntnis durchgesetzt hat, wie notwendig gerade die Überwindung der Spaltung Europas für die Erhaltung des Friedens ist. Während noch vor einigen Jahren gelegentlich die Meinung geäußert wurde, man könne mit der "Abschreckungsmethode" und mit der Beteiligung an der Bildung militärischer Blöcke den Frieden sichern, strebt alles heute zur Überwindung dieser Politik hin; es ist daher auch sehr natürlich, dass der Gedanke der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa auf der Grundlage des wiedervereinten Deutschland immer mehr an Boden gewinnt. Interessant ist, dass die Konferenz der Exilsozialisten, die vor dem Kongress der Sozialistischen Internationale ebenfalls in Wien zusammgetreten war, die Grundsätze eines Statuts für die Länder Mittel- und Osteuropas angenommen hat, das die Unabhängigkeit und freie Wahlen unter internationaler Kontrolle, sowie die zukünftige militärische Neutralität dieser Länder vorsieht.

"Die Schaffung eines international kontrollierten, demilitarisierten Gürtels" - so heisst es in den von den Exilsozialisten erarbeiteten Grundsätzen - "der ganz Deutschland und die russisch beherrschten Oststaaten umfasst, könnte die Grundlage für eine Entwicklung dieser Länder zur vollen Unabhängigkeit bilden".

Der Kongress der Sozialistischen Internationale wird sich zunächst am Mittwoch mit zwei Referaten der beiden Parteivorsitzenden Gaitskell (Labour Party) und Ollenhauer (SPD) über die internationale Lage beschäftigen. Am gleichen Tage wird ein Vertreter der sozialistischen Partei Israels über die Entwicklung im Nahen Osten berichten, während für Donnerstag Berichte von Anna Kathly über Ungarn und von Fritz Erlcr über die Stellung der Sozialistischen Internationale zu den europäischen Institutionen vorgesehen sind. Selbstverständlich werden auch die asiatischen und afrikanischen Probleme im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Parteien in diesen Kontinenten zur Beratung stehen.



### Ein Wort an Missverstehende

Vom "Bund christlicher Sozialisten" wird uns geschrieben:

St. In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 1. Juli 1957 wird die Entschliessung der katholischen Sozialdemokraten im "Bund christlicher Sozialisten" aus Anlass ihrer Gelsenkirchener Konferenz am 29. Juni unter der Überschrift "Katholische Sozialisten sehen sich missverstanden" veröffentlicht. Genau unter diese Überschrift könnte man das Echo stellen, das der Kommentar der "FAZ" zu dieser Konferenz unter der Überschrift "Ollenhauer liess die Bremse ziehen" in Kreisen der christlichen Sozialisten gehabt hat. Deshalb halten es die katholischen Sozialdemokraten für ihre Pflicht, den Berichterstatter der "FAZ" darauf hinzuweisen, dass es niemals Absicht der katholischen Sozialdemokraten gewesen ist und sein wird, weltanschauliche Grundlagen ihrer Vereinigung auszuarbeiten. Hätte der Berichterstatter genauer hingesehen, wäre ihr aufgefallen, dass es sich um weltanschauliche Grundlagen für die politische Wirksamkeit katholischer Sozialisten in Staat und Gemeinde gehandelt hat. Ein Blick in die "Essener Leitsätze des Bundes christlicher Sozialisten" hätte genügt, um diesen Passus des Tagungsprogramms auslegen zu können. Es konnte sich nämlich nur darum handeln, Grundlagen herauszukristallisieren, die es dem katholischen Sozialdemokraten auf dem Boden seiner Kirche ermöglichen, in Staat und Gemeinde wirksam zu werden. In den Essener Leitsätzen heisst es: "Wir stehen als Christen in unserer Kirchen und Gemeinschaften und wissen uns für diese ebensosehr verantwortlich wie für unser politisches Anliegen."

Ebensosehr unrichtig sind die Behauptungen, die SPD befürchte, der "Bund christlicher Sozialisten" wolle auf weltanschaulicher Ebene mit der CDU konkurrieren. Hierzu muss entschieden deutlich erklärt werden: einer der Gründe, weshalb der "Bund christlicher Sozialisten" gegründet wurde, ist ja gerade, den Finger auf die für unser Volk so unheilvolle Wunde einer kulturkämpferischen Politik der CDU zu legen und den Missbrauch von Gottes Wort öffentlich anzuprangern und zu verhindern. Man kann daher nicht mit einem anderen bei einer Sache in Konkurrenz treten, die man selbst verachtet.

Wenn der Berichterstatter der "FAZ" gar davon spricht, die Bemühungen der christlichen Sozialisten hätten die Gefahr des Sektiererischen in sich, so entbehrt diese Behauptung jeder Begründung. Wir wollen den Autor zugute halten, dass er weder mit direktem noch indirektem Vorsatz

einer Herabsetzung gehandelt hat, aber immerhin ist sein Verhalten fahrlässig gewesen, denn er hätte nach Einziehung von Erkundigungen und durch Einsicht in die "Essener Leitsätze" wissen können, dass sich der Bund gerade von der Gefahr jenes Sektierertums energisch distanziert. Hier sei wiederum auf den bereits zitierten Leitsatz verwiesen.

Dass der Kreis um die "Frankfurter Hefte" unsichtbar blieb, wie die "FAZ" schrieb, ist durchaus zu verstehen. Angehörige dieses Kreises gehören nicht zur katholischen Arbeitsgemeinschaft des Bundes Christlicher Sozialisten und waren daher auch nicht geladen. Wohl aber war der Kreis um die "Werkhefte katholischer Laien" anwesend, der seit Bestehen des Bundes loyal mitarbeitet.

Die "FAZ" bemerkt in Parenthese, dass diese Konferenz zwei Monate vor der Wahl stattfand. Hätte der Berichterstatter die Ankündigung der Veranstaltung im "Vorwärts" vom 28. Juni gelesen, hätte er aufmerksam auf die Begrüßungsworte von Karl Gatzzen gehört, dann hätte er wissen müssen, dass diese Konferenz bereits im Januar 1957 beschlossen worden ist. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Erklärungen katholischer Bischöfe und Organisationen zur Bundestagswahl und der "Bund christlicher Sozialisten Nordrhein-Westfalens" war erst einige Monate alt. Vom Tage seiner Entstehung an hat er nicht dahingeschlummert, wie es in dem Kommentar schliesslich heisst, sondern er war eifrig tätig. Deshalb konnte Karl Gatzzen auch bekanntgeben, dass bereits in 22 Städten Mitgliederzusammenschlüsse bestehen und in 59 (!) Städten der Bundesrepublik gute Kontakte hergestellt sind. Das sind wahrlich keine Indizien für eine Schlummerzeit!

\* \* \*

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler